

4. Februar 2020, 21:43 Uhr München, Freising und Umland

Grüne fordern Regionalrat

Interfraktionelles Gremium soll die großen Fragen der künftigen Entwicklung in der Landeshauptstadt und der Region diskutieren und nach Lösungen suchen

Von Martin Mühlfenzl, Freising /München

Raus aus der Hinterzimmerpolitik, egal ob es um die MVV-Tarifreform, den öffentlichen Personennahverkehr, bezahlbaren Wohnraum, Schulneubauten oder ökologische Themen geht - und zwar über Stadt- und Landkreisgrenzen hinweg. Diesem Ziel wollen die Grünen in München und im Umland mit einem neuen Regionalrat näherkommen, der als interfraktionelles Gremium die großen Fragen der künftigen Entwicklung in der Landeshauptstadt und der Region diskutieren und nach Lösungen suchen soll.

Im Münchner Café Glockenspiel stellten Münchens OB-Kandidatin Katrin Habenschaden, der Münchner Landratskandidat Christoph Nadler, Markus Büchler und Parteikollegen, darunter auch die Freisinger OB-Kandidatin Susanne Günther, ihr Konzept vor, wie ein "neues Kapitel in der Zusammenarbeit Münchens mit den umliegenden Landkreisen aufgeschlagen werden könnte". Und zwar konkret mit den Landkreisen München, Freising, Starnberg, Erding, Dachau, Fürstenfeldbruck und Ebersberg sowie Landsberg. In den Regionalrat sollen alle Fraktionsvorsitzenden der acht Kreistage sowie des Münchner Stadtrats entsandt werden, der Regionalrat soll sich eine Geschäftsordnung und eine Geschäftsstelle geben und im Rotationsprinzip von einem der Landräte oder dem Münchner OB geleitet werden.

Als Gegenentwurf zu den Plänen von Ministerpräsident Markus Söder (CSU), München in einen eigenen Regierungsbezirk umzuwandeln, wollen die Grünen den Regionalrat nicht verstanden wissen. Vielmehr gehe es darum, die "starren kommunalen Grenzen" aufzubrechen, die nicht mehr der Lebensrealität der Menschen entsprächen, sagt Habenschaden. Mit dem Gremium, so Büchler, solle keine Konkurrenz zum Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München oder dem Regionalen Planungsverband entstehen. Ein Regionalrat könne vielmehr eng mit den Planungsverbänden zusammenarbeiten.

Der Regionalrat biete eine große Chance, regionale Belange öffentlich zu diskutieren. Das Gremium soll einmal im Quartal öffentlich tagen. In der Wachstumsregion müsse eine "neue Basis der Zusammenarbeit" geschaffen werden, sagte Katrin Habenschaden. "Die Entwicklungsgier ist dynamisch und schnell. Wir wollen die Lebensqualität erhalten, auch wenn immer mehr Menschen hier wohnen werden - und zwar in der ganzen Region."

Bestens informiert mit SZ Plus – 14 Tage kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.4784757

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 05.02.2020

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.